

NDR Info Podcast

20.11.2021 / 19.35-20.00 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

21.11.2021 / 12.35-13.00 Uhr

Andreas Flocken/Julia Weigelt

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Themen:

- **SCHWERPUNKT**
Ukraine-Dauerkonflikt - Krisenmanagement ohne Aussicht auf Erfolg?
- **SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN**
 - Mehr Hardpower - EU vor neuem Sicherheitskonzept
 - Flugzeugträger im Visier - Ziel-Attrappen in der chinesischen Wüste
 - Rüstungsexporte - Künftig keine Ausfuhr in sogenannte Drittstaaten?

Abschrift Schwerpunkt

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Flocken:

Diesmal wollen wir uns mit dem seit 2014 schwelenden Ukraine-Konflikt beschäftigen. Es droht dort eine Eskalation. Zuletzt hatte es Berichte gegeben, Moskau würde Truppen an der ukrainischen Grenze konzentrieren. Und im vergangenen Monat hatte eine bewaffnete Drohne der ukrainischen Regierungstruppen ein großkalibriges Geschütz in dem von den Separatisten kontrollierten Gebiet zerstört. Der Schritt kann als eine Verletzung des Minsker Abkommens gewertet werden. Vereinbarte Feuerpausen werden nicht eingehalten, Vermittlungsversuche konnten nicht viel bewirken. Warum gibt es im Ukraine-Konflikt bisher praktisch keine Bewegung? Welche Interessen verfolgen die Konfliktparteien? Hat das Krisenmanagement überhaupt noch Aussicht auf Erfolg?

Mit diesen und anderen Fragen wollen wir uns jetzt beschäftigen. Darüber sprechen wir mit Jasper Steinlein. Er kennt die Ukraine und Russland aus seiner Studienzeit, hat dorthin immer wieder Recherche-Reisen unternommen und beide Länder zu seinem Schwerpunkt-Thema gemacht. Jasper Steinlein ist Redakteur bei tagesschau.de - im Auslandsressort. Zuletzt hat er als Vertre-

tung im ARD-Hörfunkstudio Moskau aus der Region berichtet. Jasper ist nun bei uns im Studio. Hallo, Jasper.

Steinlein:

Hallo Andreas, hallo Julia.

Flocken:

Vorweg Jasper. Du beschäftigst dich schon lange mit Russland und der Ukraine. Woher kommt bei dir das Interesse?

Steinlein:

Das Interesse kommt aus meiner Studienzeit. Meine ersten russischsprachigen Freunde waren ein ukrainisches junges Ehepaar, als ich Russisch gelernt habe. Damals konnte ich mit ihnen immer üben. Ich habe dann während meines Bachelor-Studiums ein Jahr in Moskau an einem privaten Institut studiert. Und als ich am Masterstudium in der Deutschen Journalistenschule war, da war der Ukraine-Konflikt schon in vollem Gange, auch in der Ostukraine. Und seitdem bin ich am Thema drangeblieben und habe immer wieder über beide Länder und aus beiden Ländern berichtet.

Weigelt:

Jasper, die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine waren schon vor der Annexion der Krim immer wieder von Spannungen geprägt. 2014 gab es dann mit der Annexion der Krim den Tiefpunkt der Beziehungen. Nach dem Verständnis des Kremls gehören die ehemaligen Sowjetrepubliken immer noch zur russischen Einflussosphäre, insbesondere die Ukraine. Das erklärt wohl auch das russische Verhalten in diesem Konflikt...

Steinlein:

Das sieht Wladimir Putin ohne Zweifel so. Er hat 2005 diesen viel zitierten Anspruch gemacht, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts gewesen sei. Er selbst lehnt den Kommunismus, also das politische Fundament der Sowjetunion, ab. Aber statt der „Freundschaft der Völker“ und dem „Frieden auf der ganzen

Welt“, den großen Schlagworten der Sowjetunion, hat er ein Konzept der „russischen Welt“. Und diese russische Welt - das sind im Endeffekt übersetzt Moskaus Interessen, denen alle Anrainer - und nicht nur die - sich laut Kreml zu beugen haben.

Flocken:

Eine Rolle spielt auch, dass nach dem Zerfall der UdSSR in den ehemaligen Sowjetrepubliken weiterhin viele Russen leben. Das ist sicher auch ein Ergebnis der früheren Politik der sogenannten Russifizierung. Davon betroffen ist auch die Ukraine.

Steinlein:

Davon betroffen ist auch die Ukraine und insbesondere in den Augen Putins, wie wir mehr und mehr erfahren. Denn wer und was russisch ist, das legt sich der Kreml gerne selbst zurecht, er kommt dabei durchaus auch ins Fabulieren, wie wir immer mehr lernen. Im Juli etwa hat Wladimir Putin auf der Webseite des Kremls einen Aufsatz veröffentlicht, über die historische Einheit von Russen und Ukrainern. Und in diesem Aufsatz ist zu lesen, die Bevölkerung in Russland, Belarus und der Ukraine seien ein Volk schon seit den Zeiten der „Kyjiwer Rus“, also seit dem frühen Mittelalter. Und dieses angeblich „eine Volk“ sei mit dem Zerfall der Sowjetunion durch westliche Umtriebe künstlich getrennt worden. Und die Ukraine sei verführt und weggebracht worden von Russland und in einer Art Antirussland regelrecht verwandelt worden auf Territorien, die man eigentlich Russland geraubt habe. Historikerinnen und Historiker sind entsetzt über diese Vorstellungen.

Flocken:

Auch in Russland?

Steinlein:

Ja, das hat geschichtlich tatsächlich keinen Bestand. Und dieser unverhohlene Geschichtsrevisionismus, der da mehr und mehr zutage tritt bei Putin, der löst vielleicht auch Amüsement aus. Fängt er denn jetzt an, die eigene Propaganda zu glauben? So urteilten viele unabhängige Journalistinnen und Journalisten.

Was Neues sind, diese ethnonationalistischen Töne, die er anschlägt. Früher sprach er oft von der Ukraine als eine „Brudernation“ und jetzt geht er so weit, dass er dem ukrainischen Volk sogar die Eigenständigkeit abspricht. Und das lässt tief blicken. Und viele Beobachter fürchten, dass er damit indirekt vielleicht schon neue Schritte gegen die Ukraine angekündigt hat.

Weigelt:

Anstoß nimmt Putin auch an der NATO und an der EU, die er in der Ukraine aktiv sieht - mit zivilen Hilfsprogrammen und auch mit militärischen Manövern im Schwarzen Meer. Kannst du diese Wahrnehmung nachvollziehen, dass Russland sich von westlichen Allianzen unter Führung der USA bedroht fühlt?

Steinlein:

So bedroht oder eingekreist von westlichen Allianzen, dieses Narrativ, das da sehr stark lanciert worden ist seit 2014 - um das zu entkräften reicht ein Blick auf die Landkarte. Russland ist der größte Flächenstaat der Erde und seine Landgrenzen sind 20.000 Kilometer lang und die gemeinsame Grenze mit NATO-Staaten, fünf sind es an der Zahl, die machen gerade 1.200 Kilometer davon aus. Da sind im äußersten Westen die drei kleinen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Dort sind tatsächlich seit 2016 NATO-Truppen stationiert. Also ein Dauermanöver namens „Enhanced Forward Presence“ findet dort statt...

Flocken:

...Enhanced Forward Presence - das muss man ganz kurz erklären. In den baltischen Staaten hat die NATO Soldaten stationiert, die immer wieder rotieren. So führt in Litauen die Bundeswehr einen multinationalen Gefechtsverband und ist selbst mit rund 1.000 Soldaten präsent...

Steinlein:

Genau. Litauen und Polen umschließen außerdem die russische Exklave Kaliningrad, und das ist noch die gemeinsame Grenze mit Norwegen. Also Norwegen und Russland geben sich quasi im äußersten Norden über Schweden und Finnland hinweg einmal die Hand. Also vier äußerst kleine EU-Staaten, ein

skandinavischer Staat. Und die neun anderen Staaten, an die Russland grenzt, sind keine NATO-Mitglieder - und unter denen sind immerhin die Volksrepublik China und Nordkorea. Also der Mythos, Russland sei von der NATO umzingelt und eingekreist und zutiefst bedroht, lässt sich da leicht entkräften.

Flocken:

Allerdings: Es gibt die NATO-Osterweiterung. Moskau fühlt sich da über den Tisch gezogen - im Zusammenhang mit der deutschen Einheit. Außerdem: Wenn Russland und China regelmäßig Seemanöver vor der US-Küste oder in der Karibik abhalten würden, dann wäre Washington mit Sicherheit sehr beunruhigt. Und erst recht, wenn Moskau russische Truppen auf Kuba oder in Venezuela stationieren würde. Dann würden sich die USA mit Sicherheit bedroht fühlen.

Steinlein:

Naja, die Ukraine ist weder NATO- noch EU-Mitglied bislang - und mit einer Aufnahme haben es beide Gruppen auch nicht eilig. Das wird immer wieder deutlich an den Vertröstungen, die da Jahr für Jahr geäußert werden. Und wer hier wen droht, das konnten wir jüngst einer Äußerung von Russlands Vizeaußenminister Andrej Rudenko entnehmen, der sagte, es wird Konsequenzen geben, sollte die NATO weitere Schritte zu einer Aufnahme der Ukraine unternehmen. Näher ausgeführt hatte er die nicht, aber das zeigt ganz gut, dass diese Erzählungen von „wir fühlen uns bedroht“, „wir sind eingekreist“, der Westen als monolithischer Block überall aktiv ist. Das zeigt ganz gut das Weltbild der russischen Staatselite. Das stammt immer noch aus den Zeiten des Kalten Krieges und des KGB. Ganz grob gesagt: überall, in allem, wohinter nicht Moskau steckt, müssten ja die USA stecken. Das gilt übrigens auch für Brüssel, also für die EU, die von vielen als eine Strohorganisation Washingtons wahrgenommen wird. Und auch die europäischen Staaten werden nur selten als eigenständige Akteure auf Augenhöhe wahrgenommen.

Weigelt:

Das klingt wirklich ein bisschen so, als sei der Kalte Krieg nie zu Ende gegangen...

Steinlein

...So sieht es der Kreml...

Weigelt

Es gibt ja auch zwischen der EU und den USA immer wieder massive Konflikte. Ich erinnere da an den Streit um Sonderzölle auf bestimmte Waren. Die russische Regierung versucht auch immer wieder, diese Konflikte in den transatlantischen Beziehungen zu befeuern. Manche sagen auch, Moskau wolle einen Keil zwischen Europa und die USA treiben. Aber lass uns mal auf die Annexion der Krim 2014 kommen. Russland ist seitdem für die NATO kein Partner mehr. Bei der NATO ist die Landes- und Bündnisverteidigung wieder in den Fokus gerückt. Stichwort Zwei-Prozent-Ziel bei den Militärausgaben. Wie schätzt du denn die Motivation Putins ein, was diese Annexion angeht?

Steinlein:

Das mag, wenn ich mich in sein Denken hineinversetze, aus seiner Sicht regelrechte „Ehrentreffer“ oder ein Warnschuss Richtung Westen gewesen seien. Wenn wir uns erinnern, im Winter 2013, 2014 fanden diese großen Massenproteste in der Ukraine statt, insbesondere in Kiew. „Euromaidan“ oder „Revolution der Würde“ werden die heute in der Ukraine genannt. Ursprünglich ging es mal um ein Assoziierungsabkommen mit der EU, das dann platzte. Dann später ging es um eine Staatsreform, eine Verfassungsreform, und zum Schluss floh Präsident Viktor Janukowitsch nach Russland. Aus der Protestbewegung ging dann eine Übergangsregierung hervor, die die Führungsfiguren gebildet hatten. Und damals sind viele westliche Politikerinnen und Politiker in Kiew aufgetreten, haben sich mit der Bewegung solidarisiert und bei vielen schon Aussprüche gemacht, die Hoffnungen weckten, ob ein EU- und NATO-Beitritt der Ukraine nicht womöglich bevorsteht.

Flocken:

Also die Krim-Annexion eine Reaktion auf die Protestbewegung in der Ukraine und den Euromaidan?

Steinlein:

Unvergessen, ich glaube, das hat so mancher noch im Ohr, ist da der republikanische Außenpolitiker John McCain zum Beispiel, der auf dem Maidan, auf der zentralen Bühne, auftrat und den Demonstranten was ganz Eindringliches zurief:

O-Ton McCain:

„We are here to support your just cause, the sovereign right of Ukraine to determine its own destiny freely and independently. And the destiny you seek lies in Europe.“

Steinlein:

Die Ukraine darf über ihr eigenes Schicksal entscheiden, so man das denn kann. Und dieses Schicksal liegt in Europa, sagt er da, und das hat dem Kreml natürlich missfallen. Das mag ein Gefühl der Demütigung gewesen sein oder sogar der Befürchtungen um die eigene Zukunft, wie das viele Analytiker dann später dargestellt haben. Stellen wir uns mal vor, in Moskau brächen Proteste aus, die der Sicherheitsapparat nicht mehr zerschlagen kann - wie es in Kiew damals auch der Fall war. Werden dann etwa Deutschland, wird dann die EU und die NATO-Staaten genauso handeln? Stellen die sich zu der Protestbewegung und sprechen ihre Solidarität aus? Das ist für Putin, für den Kreml, ein unerträglicher Gedanke. Und der Moskau-Loyalist Janukowitsch war damals einfach nicht mehr im Amt zu halten. Hinzu kommt noch die strategische Bedeutung der Ukraine, die jetzt über ihn nicht mehr regiert werden konnte. Wichtig war aber weiterhin, diese Einflussosphäre, von der wir schon sprachen, zu halten durch die geografische Lage am Schwarzen Meer und die große symbolische Bedeutung, die auch die Halbinsel Krim für Russland hat.

Weigelt:

...weil auf der Krim auch die russische Schwarzmeerflotte stationiert ist...

Steinlein:

So ist es. Seit Jahrhunderten hat die Schwarzmeerflotte eine ganz große historische Bedeutung, die immer wieder betont wird. In den letzten Jahren, vor dem Euromaidan, ist sie immer wieder als Verhandlungsmasse eingesetzt worden in

Gasgeschäften und oft sogar zu Russlands Gunsten. Aber das alles wollte man dem Westen bei dessen vermeintlicher Vereinnahmung der Ukraine nicht überlassen und ein Zeichen setzen, dass man auf allen Ebenen schlagkräftig ist, in allen Hinsichten und auch bereit ist, die Sprache der Stärke zu sprechen.

Flocken:

Die Annexion der Krim durch Russland war eine Zäsur. Wie bereits gesagt, Russland ist seitdem für den Westen kein Partner mehr. Moskau ist nicht mehr Mitglied der G8, jetzt heißt diese Gruppe wieder G7. Sanktionen wurden verhängt. Der NATO-Russland-Rat ist Makulatur, es herrscht Eiszeit bei den Beziehungen zwischen Moskau und den westlichen Staaten. Vor diesem Hintergrund: hat der Kreml die Reaktion auf die Krim-Annexion unterschätzt?

Steinlein:

Die Nowaja Gaseta, das ist eine berühmte russische Investigativ-Zeitung, dieses Jahr Nobelpreisträgerin, veröffentlichte 2015 ein ihr zugespiltes Strategiepapier aus dem russischen Präsidialamt. Und so es denn echt ist und wirklich vom Februar 2014 stammt, auf den es datiert ist, wird darin bereits skizziert, dass man ein „Spiel mit den Fliehkräften“ in der Ukraine anstrengen soll – dies sei im russischen Interesse. Und dieses Spiel mit den Fliehkräften soll so aussehen, dass das Land letzten Endes in Einzelregionen zerfällt und Teile dieser Einzelregionen an Moskau gebunden werden. Und in diesem Papier ist bereits die Rede von „äußerst belastenden Staatsausgaben“, die da auf Moskau zukommen werden. Aber es heißt auch, aus geopolitischer Perspektive wird sich das als unschätzbare Gewinn erweisen. Und zumindest diese beiden Vorausberechnungen sind ja auch eingetroffen.

Weigelt:

Das heißt, die Krim-Annexion kostet Moskau bis heute viel Geld. Aber unterm Strich war das aus der Sicht des Kremls trotzdem die richtige Entscheidung. Aber außenpolitisch hatte die Annexion doch verheerende Folgen. Hat man denn diese Konsequenzen damals unterschätzt?

Steinlein:

Also ich glaube, dieses „risk assessment“, dieses Abschätzen möglicher internationaler Konsequenzen, war für den Kreml damals sogar zweitrangig. Es ging darum, seine vermeintliche Ehre zu behaupten und was Moskau damit wollte, hat es ja gerade durch diese Verwerfungen, durch den Ausschluss aus vielen Gremien erreicht: nämlich dem Rest der Welt seine Agenda aufzwingen, den Takt und die Fragen bei den Verhandlungen vorgeben können. Die russische Sicht heute ist: Über die Krim soll gar nicht mehr diskutiert werden. Die Krim ist russisch, Punkt aus. Und so hat es Andrej Sagorski, russischer Politologe vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, 2018 für mich im Gespräch zusammengefasst. Und daran hat sich im Wesentlichen nichts geändert:

O-Ton Sagorski:

„In Moskau würde keiner erwarten, dass die westlichen Staaten den Anschluss der Krim anerkennen würden. Ich nehme an, dass die realistisch denkenden Politiker im Westen nicht davon ausgehen würden, dass Putin die Krim zurückgibt. Das heißt, wir müssen die Sache für eine Zeit lang beiseiteschieben, ausklammern aus Gesprächen.“

Steinlein:

So sieht es der Kreml, so wünscht es sich der Kreml. Putin selbst konnte eine Zeitlang aus der Krim-Annexion und den Kontroversen sogar innenpolitisches Kapital schlagen. Denn eine Zeit lang haben diese Narrative von einer NATO-Umzingelung, von denen wir auch schon sprachen, von westlichen Aushunger-Versuchen durch die Sanktionen, die eingeführt wurden, von der angeblichen Machtübernahme von Faschisten in Kiew verfangen in Russland. Und sie haben die Russinnen und Russen auf eine trotzig Unterstützungshandlung eingeschworen. „Wir gegen den Rest der Welt“, so kann man sich das vorstellen. Und außenpolitisch haben dann andere Manöver, wie beispielsweise das Eintreten in den Syrien-Krieg, von der Rezession abgelenkt, die Folge der Sanktionen war.

Flocken:

Du sagst, Putin konnte innenpolitisch Kapital aus der Krim-Annexion schlagen. Aber kann er das auch heute noch? Kann er heute noch mit der Krim-Annexion

in Russland punkten? Oder ist die Krim möglicherweise auch innenpolitisch eher zu einer Belastung geworden? Schon allein wegen der Kosten und der Subventionierung der Krim.

Steinlein:

Inzwischen hat sich Ernüchterung breitgemacht, so mein Eindruck. Aus den Worten „krym nash“, die Krim ist unser, ist ein trauriger, bitterer Witz geworden. Denn die Krim zu unterhalten, ist richtig teuer für Russland. Allein bis 2019 hat die Krim dem Staatshaushalt 700 Milliarden Rubel gekostet. Das hat ein russischer Ökonom so ausgerechnet. Man muss sich jetzt vorstellen bei dem schwachen Rubelkurs sind das heute umgerechnet 8,5 Milliarden Euro. Es wird ein bisschen deutlicher, wenn man das mit anderen Wirtschaftszahlen aus Russland vergleicht: 1.3 Billionen Euro betrug 2020 das russische Bruttoinlandsprodukt und 8,5 Milliarden Euro, noch mal, hat die Krim bereits gekostet. Und zu den Einnahmen des Staatshaushalts – so 226 Milliarden Euro - hat die Krim laut Bruttoregionalprodukt nur Kopeken beigetragen. Die vielen, vielen Gelder, die Moskau und in die Halbinsel pumpt, die machen da einen Großteil des Regionalbudgets aus, mit dem überhaupt gearbeitet werden kann. Also die Krim bringt nichts ein. Und dieses autokratische Modell, das ich skizziert habe „nach außen provozieren und destabilisieren und nach innen durch kriegerische Abenteuer in Syrien beispielsweise abzulenken“ von den wirtschaftlichen Nachteilen, das beobachten wir nicht nur in Russland. Dieses autokratische Modell, das ist längst an seine Grenzen gekommen, im Alltagsleben der Russinnen und der Russen hat es nur Nachteile gehabt.

Weigelt:

Du hast eben von Kopeken gesprochen, für diejenigen, die nicht wissen, was das ist. Das ist wie der Cent zum Euro? Kann man das so sagen?

Steinlein:

So ist es.

Weigelt:

Es ist nicht nur die Annexion der Krim, die zu Verwerfungen zwischen Russland und dem Westen auf allen Ebenen geführt hat, sondern es kommt auch seit Jahren immer wieder zu Kämpfen in der Ostukraine. Gibt es da einen Zusammenhang zwischen der Annexion der Krim und der Ausrufung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk?

Steinlein:

Aber sicher, daran zweifeln weder Wissenschaftler noch Analysten und schon gar nicht die Menschen vor Ort. 2019 war ich zuletzt in Kramatorsk, und da sagte mir eine Stadträtin...

Weigelt:

...Wo ist das Kramatorsk?

Steinlein:

Kramatorsk das ist eine Stadt in der Oblast Donezk. Kramatorsk war 2014 zwischenzeitlich an die Separatisten gefallen, wurde dann von ukrainischen Regierungstruppen zurückerobert und ist heute die Verwaltungshauptstadt der Teile der Donezker Oblast, über die die ukrainische Regierung die Kontrolle hat.

Weigelt:

Und Oblast, das ist? Das weiß ja vielleicht nicht jeder...

Steinlein:

Oblast ist so etwas wie ein Regierungsbezirk rund um die größeren Städte. In Kramatorsk sagte mir diese Stadträtin 2019: als dort 2014, die Polizeistation und der Stadtrat besetzt wurden von Bewaffneten hätten die alle akzentfreies Russisch gesprochen. Man muss dazu sagen, dass in der Ukraine, insbesondere im Osten der Ukraine gesprochene Russisch hat eine etwas dunklere Klangfarbe als das klassische Moskauer Standard-Russisch.

Weigelt:

Ein Dialekt, oder wie?

Steinlein:

Nein. Man kann es schon deutlich hören. Also der Unterschied ist schon zu hören. Und niemand hat diese Leute identifizieren können, die da perfektes Moskau Russisch gesprochen haben sollen. Also, Alteingesessene können es nicht gewesen sein, meint die Stadträtin. Und so erzählen es tatsächlich auch andere Städte in der Ostukraine, die wieder zurückerobert werden konnten. In Charkiw beispielsweise hat sich ein uniformierter Mob ebenfalls auf die großen Gebäude gestürzt, und der soll damals, so die Anekdote, statt der Stadtverwaltung versehentlich das Theater gestürmt haben. Das kann ja Locals nicht passieren. Und wer jetzt tatsächlich diese Leute waren, die da wochenlang der ukrainischen Armee Widerstand geleistet haben und wirklich Angst und Schrecken verbreitet haben - da gibt es unterschiedliche Versionen: Waren es direkt von Moskau angeheuerte und dann aufgewiegelte politisierte Schlägertypen? Dagegen spricht, dass sie sich teilweise wochen- und monatelang gegen die ukrainische Armee behaupten konnten. Das können dann kaum Laien gewesen sein oder ob es direkt aus Russland importierte Kräfte waren. Da gehen die Beschreibungen und die Narrative auseinander.

Flocken:

Letzteres wird Moskau mit Sicherheit bestreiten. Aber der Konflikt in der Ostukraine hat ja auch einen Hintergrund. Die Separatisten behaupten, von Kiew vernachlässigt worden zu sein. Aber ist da nicht doch etwas dran, dass Teile der Bevölkerung sich von der ukrainischen Regierung nicht mehr vertreten gefühlt haben? Muss sich Kiew nicht selbstkritisch fragen lassen, hier Fehler gemacht zu haben? Hat die Regierung dadurch nicht möglicherweise erst die Voraussetzungen geschaffen, dass prorussische Kräfte hier ansetzen konnten?

Steinlein:

Ich wäre sehr vorsichtig damit, der Ukraine zu sagen, sie sei selbst schuld daran, dass Teile ihres Landes heute besetzt sind...

Flocken:

...Naja, selbst schuld, sage ich ja nicht. Vielleicht eine Mitverantwortung hat...

Steinlein:

Dass sie in einen Dauerkonflikt hineingezwungen worden ist - das wäre eine klare Täter-Opfer-Umkehr, wie sie tatsächlich aus russischen Propagandakanälen seit 2014 massiv lanciert worden ist. Und nur weil jemand im Nachhinein behauptet, von denen da oben, hat man sich nicht vertreten gefühlt, bricht nicht gleich in einem Land Krieg aus - indem zudem die Regierung dann auch noch in der Defensive ist, wie es in der Ukraine ja der Fall ist. Richtig ist aber: nach den monatelangen Protesten in der Ukraine ist in Kiew ein Machtvakuum entstanden. Und Janukowitsch, Präsident bis dato, konnte sich selbst mit Hilfe seines Sicherheitsapparats, der mit aller Brutalität gegen die Protestbewegung vorging, nicht mehr im Amt halten. Man kann, wie das auch geschehen ist, der Übergangsregierung vielleicht vorwerfen, dass sie bei der Machtübernahme nicht alle juristischen Formalia eingehalten hat...

Flocken:

...weil Janukowitsch ein gewählter und damit legitimer Präsident war...

Steinlein:

Das ist realpolitisches Handeln. Da geht es nicht immer perfekt wie im Lehrbuch zu. Janukowitsch hat in den Augen der Ukrainer, in den Augen der meisten westlichen Staaten, seine Legitimität verloren - wie ein Lukaschenko heute in Belarus - durch sein brutales Vorgehen und dadurch, dass er von der Bevölkerung nicht mehr als Präsident legitimiert war und den Rückhalt verloren hatte. Man muss sagen, die gebildete Übergangsregierung, die möglicherweise nicht nach dem perfekten Lehrbuch an die Macht gekommen ist, hat bald darauf freie Wahlen abgehalten, aus dem der erste danach gewählte Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, im ersten Wahlgang schon als Sieger hervorging. Und die Teilnahme in den besetzten Stimmkreisen um Luhansk, um Donezk - die haben ganz allein die Separatisten verhindert, niemand anderes.

Weigelt:

Russland unterstützt die Separatisten in der Ukraine mit Waffenlieferungen, humanitären Konvois. Und durch die Anerkennung dieser selbsternannten

Volksrepubliken Donezk und Luhansk. Sind außerdem auch reguläre russische Truppen in der Ostukraine im Einsatz? Moskau bestreitet das. Was weißt du darüber?

Steinlein:

Man muss zunächst sagen, dass der Kreml etwas bestreitet, was sich detailliert rekonstruieren und nachrecherchieren lässt - das und wie das stattgefunden hat, ist nicht ganz ungewöhnlich. Aber die Frage ist eher: was sind reguläre russische Truppen? Die spätere Führungsebene der selbsternannten Volksrepubliken dort hat lange und enge Verbindungen nach Moskau. Das waren dann durchaus bekannte Gesichter mit langen Karrieren. In der Ostukraine gefallene Kämpfer sind insbesondere in den ersten Konfliktjahren dann nach Russland gebracht und dort bestattet worden - welchen Grund kann man sich dafür denken? Und im russischen Staatsfernsehen liefen zur Anfangszeit immer wieder Propagandafilme darüber, dass russische Soldaten, nachdem schon die Aktivität aufgefallen war, beziehungsweise russische Veteranen angeblich in ihrer Freizeit und aus freiem Willen und Patriotismus in der Ostukraine gekämpft hätten, um sich dort mit Separatisten zu solidarisieren. Das bröckelt, das glaubten auch in Russland nicht viele. Und hin und wieder bröckelt tatsächlich auch das Leugnen auf staatlicher Ebene an der russischen Beteiligung, zum Beispiel hat Außenminister Sergej Lawrow 2017 in einem Nebensatz eine Äußerung gemacht:

O-Ton Lawrow - übersetzt:

„Ich habe viel Kritik gelesen und gehört daran, dass wir uns in den Konflikt im Donbass und in den Syrien-Konflikt involviert haben.“

Steinlein:

Er sagte, ich habe viel Kritik gelesen und gehört daran, dass wir uns in den Konflikt im Donbass und in den Syrien-Konflikt involviert haben. Er sagt es so im Nebensatz und den Donbass und den Syrien-Konflikt. Also, dass Russland in Syrien die Regierungstruppen unterstützt, ist sehr unstrittig und dort auch militärisch aktiv ist, ist sehr unstrittig. Er stellt die Konflikte rhetorisch auf die gleiche Ebene, und viele Beobachter haben das als ein öffentliches Teileingeständnis gewertet. Wir wissen außerdem, dass in vielen Teilen der Welt Russ-

land staatlich geförderte Söldnertruppen einsetzt, beispielsweise die Wagner-Gruppe, von der immer wieder zu hören ist, die in mehreren Staaten Afrikas aktiv ist. Also so ein Outsourcing von heiklen Militäroperationen, die den Bürgern jetzt nicht direkt als russische Angelegenheit vermittelt werden können, ist nicht ungewöhnlich. Und spätestens jetzt - das ist so ein bisschen die traurige Pointe des Ganzen - gibt es in der Ostukraine russische Kämpfer. Wenn wir nämlich nach der russischen Passpolitik gehen: Denn Russland hat sein Einbürgerungsverfahren für die Menschen in der Ostukraine, insbesondere in den besetzten Gebieten, extrem vereinfacht. Dort ist es jetzt sehr einfach, einen russischen Pass zu beantragen und unkompliziert ausgestellt zu bekommen. Das tun viele Menschen, weil sie sich eine bessere Zukunft dadurch erhoffen. Und jetzt gibt es Hunderttausende frischgebackene Russinnen und Russen, die auch bei russischen Wahlen online mit abstimmen dürfen. Es sind schließlich russische Staatsbürger im Exil.

Weigelt:

Lasst uns doch mal zum internationalen Krisenmanagement kommen. Es gibt Absprachen, die den Konflikt friedlich regeln sollten. Da ist oft von den Vereinbarungen von Minsk die Rede - genannt nach der Hauptstadt von Belarus. Was ist denn damals vereinbart worden?

Steinlein:

Es gibt zwei Schritte: „Minsk I“ - das Protokoll von Minsk ist im September 2014 entstanden und war das Ergebnis von Verhandlungen der sogenannten trilateralen Kontaktgruppe, zu der gehören Russland, die Ukraine und Vertreter der OSZE. Und Minsk I sieht mehrere Punkte vor, unter anderem eine unverzügliche Feuerpause, die durch die OSZE überwacht werden soll. Dann soll ein ukrainisches Gesetz über eine vorübergehende Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in den besetzten Teilen des Donbass ausgearbeitet werden. Dieses Gesetz ist tatsächlich auch verabschiedet worden, ist aber bis heute wirkungslos geblieben. Und es sollte eine Sicherheitszone entlang der russisch-ukrainischen Grenze eingerichtet werden, damit kein Nachschub mehr einsickern kann. Diese Sicherheitszone kam aber niemals zustande. Und schon drei

Wochen nach der Unterzeichnung dieses Protokolls von Minsk, tobte wieder eine Schlacht um den Donezker Flughafen.

Weigelt:

Und daher gab es dann einen erneuten Versuch: Minsk II. Da versuchte man, die Schwächen der ersten Vereinbarungen wettzumachen?

Steinlein:

Minsk II ist das Folgeprotokoll, das im Februar 2015 entstand. Das ist damals verhandelt worden mit dem ersten ukrainischen Präsidenten, Petro Poroschenko, mit Putin und mit der Vermittlung von Deutschland und Frankreich - namentlich mit Angela Merkel und Francois Hollande damals. Und es ist ein 13-Punkte-Plan, also ein detaillierter Plan, wie der Frieden zustande kommen soll. Und der sieht unter anderem den beiderseitigen Abzug schwerer Waffen vor, Konfliktparteigen wird eine umfassende Amnestie auf beiden Seiten zugestanden, die sozialen und wirtschaftlichen Verbindungen sollen wieder möglich werden. Es sollen von der OSZE begleitete Regionalwahlen in Donezk und Luhansk stattfinden und die ukrainische Verfassung soll reformiert werden, so dass den Gebieten ein Sonderstatus zugesichert wird. Das alles sollte bis Ende des Jahres 2015 erreicht werden. Aber erreicht ist es bis heute nicht.

Flocken:

Also auch Minsk II war nicht erfolgreich, obwohl das, wie du eben gesagt hast, ein detaillierter Plan war. Warum? Was sind die Gründe?

Steinlein:

Grob gesagt will jede Seite die Dokumente nur nach eigener Diktion umsetzen. Also man kann sich vorstellen, die Ukraine möchte keine Wahlen in Donezk und Luhansk anerkennen unter den jetzigen Gegebenheiten. Donezk und Luhansk wiederum, die selbsternannten Volksrepubliken, haben selbstverständlich kein Interesse daran, dort Gegebenheiten zu schaffen, die Kiew genehm wären. Und so werfen sich die beiden Seiten regelmäßig vor, man verstoße gegenseitig gegen das Abkommen und selbst habe man alles richtig gemacht. Und auch bei der Umsetzung wird in erster Linie die andere Seite in

der Pflicht gesehen. Viele Beobachter bezeichnen deswegen jetzt Minsk I und Minsk II als tot. Und ein Minsk III wird es, angesichts der Situation in Belarus, so schnell kaum geben.

Flocken:

Also du sagst, beziehungsweise Beobachter sagen, Minsk II sei tot, auch wenn die Bundesregierung und andere Akteure weiterhin versuchen - ich sage mal - diese Vereinbarung zu revitalisieren.

Aber lass uns doch mal zur Rolle der OSZE kommen, also zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die OSZE gehört der sogenannten trilateralen Kontaktgruppe an - neben Russland und der Ukraine. Außerdem ist die OSZE mit einer Beobachtermission in der Ostukraine vor Ort. Aber bisher hat sie offenbar wenig zur Eindämmung des Konfliktes beigetragen...

Steinlein:

Der Vorteil der OSZE als Akteur in diesem Konflikt ist, dass sie die letzte verbliebene institutionelle Plattform ist, unter der Russland und die Ukraine - oder inzwischen auch Russland und andere westliche Staaten - überhaupt noch miteinander an Angelegenheiten arbeiten oder der als vermittelnder Akteur alle Seiten gleichermaßen des Vertrauens schenken. Das ist der große Vorteil der OSZE. Putin hat 2017 sogar ein UN-Blauhelmsoldaten-Mandat für die OSZE-Beobachter ins Spiel gebracht, die diese schützen sollten. Allerdings gab es wieder Streitigkeiten, wo dieser Einsatz erfolgen sollte: nur entlang der Kontaktlinie, so wollte es Moskau oder auch im Separatistengebiet, so wollte es Kiew. Und so kam das nicht zustande. Zustande kam aber diese OSZE-Beobachtermission. Seit 2014 hat sie dieses Mandat, beobachtet täglich, hat Zugang zu beiden Seiten der Front. Es gibt täglich Schusswechsel und es gibt immer neue Tote und immer mehr Tote. Allerdings hat sich die Kontaktlinie seitdem nicht mehr großartig verschoben.

Weigelt:

Kontaktlinie ist die Front, oder?

Steinlein:

Richtig. Die hat sich seit damals nicht mehr groß verschoben. Und das ist in sich schon mal etwas wert, dass es eine gewisse Kalkulierbarkeit dieses Konflikts gibt. Und dazu hat die OSZE mit Sicherheit beigetragen, auch wenn sie sich immer wieder wechselseitigen Vorwürfen ausgesetzt sieht, dass sie angeblich von einer Seite vereinnahmt sei, dass sie Informationen weiterreiche an die gegnerische Seite. OSZE-Botschafter Cevik, ein türkischer Diplomat, der diese Beobachtermission in der Ostukraine leitet, warnte im Sommer allerdings, die Situation in der Ostukraine verbessere sich nicht und es sterben sogar inzwischen vermehrt Zivilisten, insbesondere durch Landminen und durch Uxos, also durch sogenannte Unexploded Ordnance, also Blindgänger, würde man wohl auf Deutsch sagen. Und dass das Gebiet in der Ostukraine, das umkämpft ist, zunehmend vermint ist - denn in puncto Kampfmittelräumung beispielsweise tut sich auf beiden Seiten bislang gar nichts.

Weigelt:

Okay, also die OSZE konnte bisher auch nicht viel zur Beilegung des Ukraine-Konflikts beitragen. Dann ist auch immer wieder die Rede vom Normandie-Format und nur noch mal zum Verständnis: Das geht zurück auf ein Treffen am Rande der Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag der Alliierten-Landung in der nordfranzösischen Normandie - im Juni 2014. Wer macht da alles mit beim Normandie-Format? Und was konnten diese Treffen bisher bewirken?

Steinlein:

Dieses Normandie-Format besteht aus Vertretern von Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland. Und die haben immerhin Minsk II, also diesen detaillierten Friedensplan, der nicht umgesetzt werden konnte, ausgehandelt. Das war damals 2015 durchaus ein diplomatischer Erfolg zu dessen Umsetzung und Verwirklichung es dann nicht kam. Zuletzt saßen die Staats- und Regierungschefs 2020 im Normandie-Format gemeinsam an einem Tisch, und es gab im Normandie-Format auch die erste Begegnung Putins mit dem jetzt amtierenden ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der zu Beginn seiner Amtszeit - das war 2019 - auch gleich einen Achtungserfolg vorlegen konnte: 2019 gelang eine Truppenentflechtung in insgesamt drei Orten und es gab

Gefangenenaustausche und eben dieses Treffen. Im Frühjahr dieses Jahres riefen sich dann Selenskyj und Putin über die Presse zu, dass es doch gut wäre, zu bilateralen Gesprächen zusammenzukommen. Aber da wurde man sich schon beim Treffpunkt nicht einig und so sind wir da noch nicht weiter.

Flocken:

Du hast den ukrainischen Präsidenten Selenskyj genannt. Er war eine Art Hoffnungsträger für die Ukraine, auch mit Blick auf den Konflikt in der Ostukraine. Selenskyj wollte hier vieles anders und besser machen als sein Vorgänger Poroschenko. Aber letztlich konnte auch er nicht viel bewegen, oder?

Steinlein:

Hören wir mal rein, was Selenskyj 2019 bei seiner Amtseinführung in der Rada - im ukrainischen Parlament - versprochen hat:

O-Ton Selenskyj - übersetzt:

„Unsere allererste Aufgabe ist es, den Krieg im Donbass zu beenden. Und ich bin bereit, alles dafür aufzuwenden, meine Popularität zu verlieren, mein Amt aufzugeben, koste es, was es wolle, alles dafür zu tun, dass es Frieden gibt.“

Steinlein:

Man muss kein ukrainisch verstehen, um die Verve in seiner Stimme zu hören, die Energie, die er versucht auszustrahlen, vielleicht sogar die Bedrohlichkeit. Und er sagte damals bei seiner Amtseinführung „unsere allererste Aufgabe ist es, den Krieg im Donbass zu beenden. Und ich bin bereit, alles dafür aufzuwenden, meine Popularität zu verlieren, mein Amt aufzugeben, koste es, was es wolle, alles dafür zu tun, dass es Frieden gibt“.

Also für den bis dato politischen Laien sind das ganz schön intensive Worte. Man darf nicht vergessen, dass er vorher Schauspieler war. Und jetzt ist die Hälfte der ersten Amtszeit bereits verstrichen. Er wollte ursprünglich auch nur eine Amtszeit ausführen, und wir haben noch immer keinen Frieden. Und nach seinen Anfangserfolgen, diesem Gefangenenaustausch, dieser Entflechtung und auch einer längeren Waffenruhe, konnte er daran leider nicht anknüpfen. Und Zugeständnisse an die andere Seite, Zugeständnisse an die Separatisten, sind dem ukrainischen Volk nicht zu vermitteln, zumal Russland überhaupt kei-

ne macht und Russland sich in dem Konflikt offiziell gar nicht aktiv sieht. Und das hat ihn sehr ins Stocken gebracht. Trotz eifriger Frontbesuche kommt er da nicht vor und nicht zurück und hat mittlerweile auch innenpolitisch - nebenbei bemerkt - genug weitere Probleme angehäuft. Der Kampf gegen die Korruption und gegen die oligarchischen Strukturen, die die Ukraine durchsetzen, ist da nur ein Punkt. Und Selenskyj selbst scheint auch zunehmend die Geduld zu verlieren, er fordert Ergebnisse. Damit meint er aber weniger sich selbst als meist die internationalen Partner der Ukraine, beispielsweise bei Waffenlieferungen. Rein militärisch betrachtet hat sich die Lage aber nur noch mikroskopisch verändert. Und der UN zufolge sind inzwischen 14.000 Menschen in diesem Krieg gestorben und sterben wöchentlich noch.

Weigelt:

Also militärisch lösen kann Kiew den Konflikt also nicht, schon gar nicht alleine. Die Ukraine war mal der Staat mit dem drittgrößten Nukleararsenal der Welt - das hat man fast schon wieder vergessen -, der nach der Unabhängigkeit von 1991 einen blockfreien Status wählte. Und heute steht das Land ohne Sicherheitsgarantien da, denn vom Budapester Memorandum kann seit 2014 keine Rede mehr sein. Damals hatte die Ukraine auf ihre Atomwaffen verzichtet. Das Land will deswegen schon seit langem Mitglied in der NATO werden, aber die Chancen stehen schlecht.

Steinlein:

Die NATO hält zwar im Grundsatz an ihrer Zusage fest, die sie auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 gemacht hat, dass es einen Ukraine Beitritt geben wird. Sie hat es aber damit offensichtlich nicht eilig...

Flocken:

...Dazu muss man auch sagen: in der Abschlusserklärung von 2008 steht wörtlich mit Blick auf die Ukraine und auch Georgien: „Wir kamen heute überein, dass diese Länder NATO-Mitglieder werden.“ Also das ist eine Zusage, die bereits 13 Jahre alt ist.

Steinlein:

Ja, wie du sagst, 13 Jahre ist es her. Es gibt jährliche Vertröstungen. Jüngst sagte US-Präsident Joe Biden beim NATO-Gipfel in Brüssel, das war im Juni dieses Jahres, eine Aufnahme in das formale Beitrittsverfahren der NATO, also den sogenannten NATO-Aktionsplan, kann es weiterhin geben, trotz des bestehenden Territorialkonflikts sei das für die Ukraine möglich, hänge aber davon ab, ob das Land die nicht einfachen Kriterien für die Aufnahme erfüllt. Und da nannte Biden ganz wörtlich den Kampf gegen die Korruption, der unter Selenskyj alles andere als zügig vorankommt. Und hellhörig machte mich noch die Hervorhebung: überhaupt hänge eine Aufnahme der Ukraine nicht nur von den USA ab, sondern auch davon, ob die anderen Staaten des Nordatlantikpakts dafür stimmen.

O-Ton Biden:

„And it will not just depend on me whether or not we conclude that Ukraine can become part of NATO, it'll depend on the alliance and how they vote. But I know - for one thing: They'll have to convince... and that's not easy.“

Steinlein:

Eine ganze Reihe von NATO-Staaten kokettiert immer wieder mit ihrer Nähe zu Russland, in anderen Bereichen, in der Politik und in der Wirtschaft. Und so eine Aufnahme der Ukraine könnte vielleicht so manchem Staat aus Angst vor persönlichen Nachteilen gar nicht so genehm sein.

Flocken:

Also ich denke, so viele NATO-Staaten kokettieren gar nicht mehr mit der Nähe zu Russland. Selbst Paris ist inzwischen ziemlich auf Distanz zu Moskau gegangen. Außerdem ist doch klar, dass alle NATO-Mitglieder bei der Aufnahme zustimmen müssen - in der NATO gilt ja das Konsensprinzip. Also das würde mich nicht unbedingt hellhörig machen. Interessant aber ist die von dir erwähnte Äußerung von Präsident Biden, dass eine Aufnahme trotz des Konfliktes in der Ostukraine möglich sei. Denn diese Aussage von Biden steht eigentlich im Widerspruch zu Artikel 10 des NATO-Vertrages. Denn danach muss ein neues Mitglied zur Sicherheit des Bündnisses beitragen. Damals beim NATO-Gipfel von Bukarest 2008 haben das insbesondere Paris und Berlin bekräftigt. Ein

Land wie die Ukraine, das sich in einem Territorialkonflikt mit einem Nachbarland befindet, trägt aber nicht zur Sicherheit des Bündnisses bei, denn Kiew beharrt auch auf Rückgabe der Krim. Und bei einer NATO-Mitgliedschaft könnte dann das Bündnis in einer Auseinandersetzung mit Russland verwickelt werden. Und das will man ja gerade nicht bei der NATO.

Man könnte daher, so würde ich das zumindest sehen, die These aufstellen: Russland zündelt ganz bewusst in der Ostukraine, hält den Konflikt immer am Kochen, denn so kann Moskau sein strategisches Ziel erreichen, nämlich einen NATO-Beitritt der Ukraine zu verhindern. Die Ukraine pocht aber weiterhin auf die Zusage von 2008. Wir haben es ja eben gehört, obwohl das inzwischen unrealistisch ist, jedenfalls solange unrealistisch, wie die Ukraine auf die Rückgabe der Krim beharrt und in der Ostukraine weiterhin gekämpft wird. So wird das Land, nach meiner Einschätzung, nie Mitglied der NATO werden - zumindest nicht in absehbarer Zeit.

Steinlein:

Die Ukraine wünscht es sich, die Ukraine bereitet sich darauf vor. Seit 2018 hat dieses Ziel des NATO-Beitritts in der Ukraine sogar Verfassungsrang. Mehrere Kiewer Politologen haben mir allerdings gesagt, dass das Ziel, das momentan die Ukraine mit ihrer Verteidigungspolitik verfolgt, mehr eine NATO-Integrierbarkeit als eine tatsächliche faktische NATO-Integration sei. Also es geht momentan mehr darum, so sagten sie, die Befehlskette und die Ausstattung ihrer Streitkräfte zu modernisieren, am stärksten Militärbündnis der Welt auszurichten und dadurch besser zu werden. Und naive Hoffnungen auf Hilfe in der Ostukraine, womöglich durch NATO-Truppen oder eine Rückeroberung der Krim, habe man nicht. Also „wir müssen uns selbst helfen“, so war der Tenor der ukrainischen Politologen. Eine Zusammenarbeit mit der NATO gibt es bereits. Seit 2020 ist die Ukraine ein „Enhanced Opportunities Partner“ der NATO - das heißt, sie hat vermehrt Zugang zu bestimmten Informationen, die sonst nur die NATO innerhalb des Bündnisses miteinander teilt. Sie ist an Einsätzen gegen Cyberangriffe und gegen den weltweiten Terrorismus beteiligt und sie kann an Übungen teilnehmen, die Interoperabilität, also diese Integrierbarkeit der verschiedenen Truppen, verbessern sollen. Man nimmt aber die Entscheidung, darauf pocht die NATO, über eine Aufnahme mit diesem „Enhanced Op-

portunities Partnership“ keineswegs vorweg. Und einen Zeitplan für die Aufnahme gibt es weiterhin nicht.

Weigelt:

Es sieht also nach einem Dauerkonflikt in der Ostukraine aus, also einem sogenannten „frozen conflict“. Die USA und andere NATO-Länder liefern aber Rüstungsgüter an Kiew. Und auch in Deutschland wird ja darüber diskutiert - seit der Äußerungen von Grünen-Chef Robert Habeck. Er ist für Rüstungslieferungen. Wird denn die NATO auf diese Weise stärker in den Konflikt hineingezogen? Außerdem sind Rüstungslieferungen auch ein weiterer Schritt zur Eskalation des Konflikts...

Steinlein:

Also das befürchten die Gegner solcher Lieferungen auf jeden Fall. Und gerade von seinen älteren Parteikollegen hat Habeck alles andere als Beifall erhalten, weil sie seine Äußerungen nicht mit den pazifistischen Prinzipien vereinbaren können, wie viele Grüne sie führe vertreten haben. Aber beispielsweise die verteidigungspolitische Sprecherin der FDP, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, ist ähnlicher Meinung. Sie sagt militärisch ist der Konflikt für die Ukraine ohnehin nicht zu lösen.

Flocken:

Ja, das ist wohl eine richtige Feststellung.

Steinlein:

Da hat es keinen Sinn, ihn mit Waffenlieferungen anzuheizen. Es gibt inzwischen aber auch Positionierungen für solche Lieferungen, auch aus Deutschland - und die kommen jetzt keineswegs nur aus der radikalen Ecke. Denn die Argumentation lautet, die Ukraine werde dadurch militärisch gestärkt, habe nicht mehr diese enormen Verluste, die sie an der Front in der Ostukraine täglich, wöchentlich erleidet. Und die EU und Deutschland könnten durch solche Lieferungen an Russland ein Signal senden: Wir sind auf Augenhöhe, wir können operieren und können dadurch neue Verhandlungen mit Russland für den Kreml attraktiver machen, so die Argumentation. Nicht zuletzt - wir sprachen ja

schon davon – weil die Kosten dieses Konflikts für Russland dann zunehmend in einem geringeren geopolitischen Nutzen stünden. Und Deutschland hätte dann, in dieser Argumentation, die es mittlerweile gibt, eine Art Vermittlerrolle. Und diese Vermittlerrolle sieht vor, dass Russland eine Möglichkeit zum ehrenhaften Rückzug aus dem Donbass eingeräumt werden müsste.

Flocken:

Ehrenhafter Abzug, sagst du. Aber Moskau und Kiew stellen sich das vermutlich sehr unterschiedlich vor, was ein ehrenhafter Abzug ist.

Steinlein:

Mit Sicherheit. Da stellen sich Kiew und Moskau vermutlich völlig gegensätzliche Dinge vor. Russland macht nicht gerne Zugeständnisse - der ukrainischen Bevölkerung sind Zugeständnisse an Russland nach diesen Jahren erst recht nicht mehr zu vermitteln. Und da sind wir leider wieder am Anfang und sehen, wie verfahren die Lage ist und wie aussichtslos.

Flocken:

Vielen Dank, Jasper Steinlein für die Recherche und deine Erläuterungen und Einschätzungen.